

Auswertung MDRfragt:

Wahlen für Deutschland: Worauf kommt es wirklich an?

Befragungszeitraum: 28.07.-04.08.2021

23.916 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse:

- Gesundheit ist wichtigstes Politikfeld für die Bundestagswahl

Themenbereich: Energie / Klima / Mobilität

- Mehrheit für Energie-Mix in der Zukunft
- Knappe Mehrheit findet Abschaltung der Atomkraftwerke Ende 2022 nicht richtig – Aufbau von modernen Atomkraftwerken jedoch auch nicht
- Hälfte lehnt „Klimaprämie“ ab – deutliche Mehrheit glaubt nicht an sozialen Ausgleich dadurch
- Mehrheit für Tempolimit von 130
- Kostenloser ÖPNV: Zwei Drittel dafür
- Mehr als drei Viertel glauben, ÖPNV wird mehr genutzt, wenn er kostenfrei ist – aber nur etwas mehr als die Hälfte würde ihn auch selbst mehr nutzen
- Mehr als zwei Drittel glauben, kostenfreier ÖPNV würde Verkehr und Luftverschmutzung reduzieren

Themenbereich: Gesundheitssystem

- Nachteile bei Kassenpatienten: Erfahrungen sind geteilt
- Bevorteilung bei Privatpatienten: Mehrheit kann das nicht bestätigen
- Drei Viertel finden duales Krankenversicherungs-System ungerecht
- Große Mehrheit für Bürgerversicherung
- Fast jeder für Pharmaproduktion in Deutschland oder Europa
- Zwei Drittel würden mehr Geld ausgeben für Arzneimittel von hier

Themenbereich: Digitalisierung

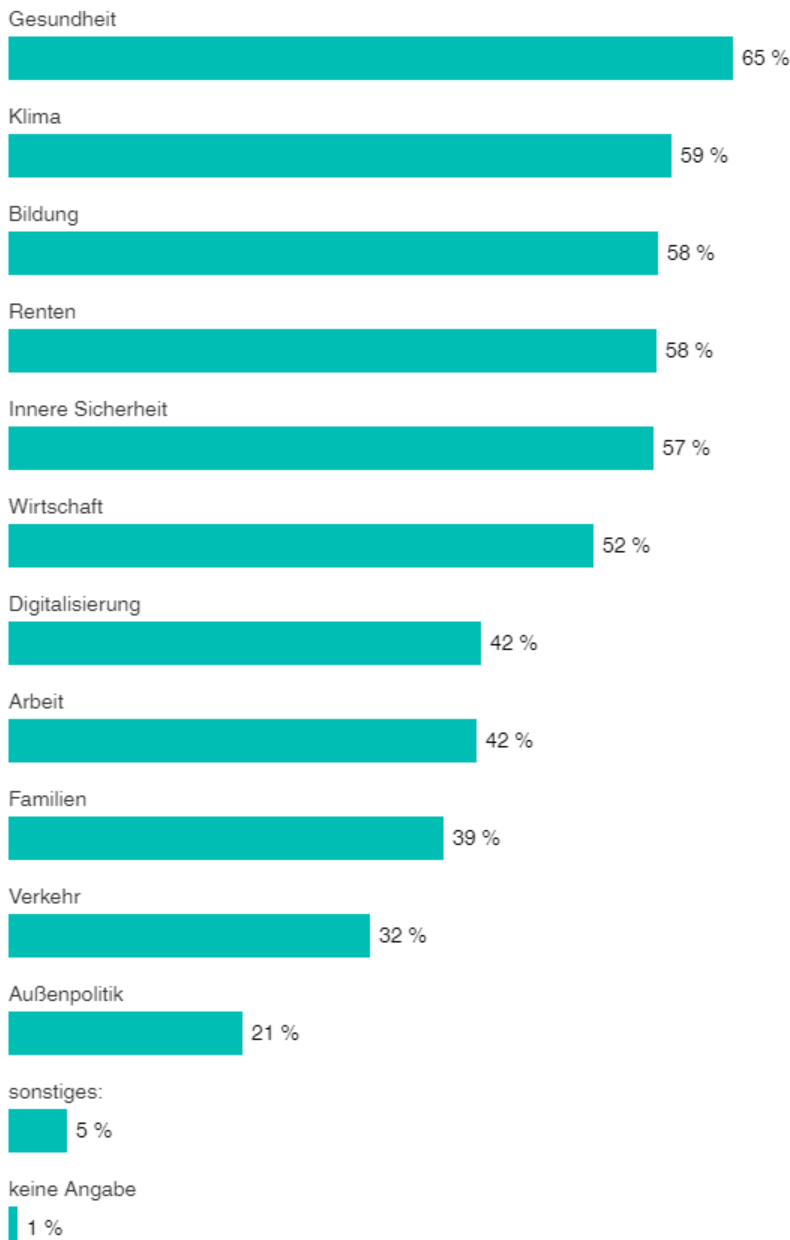
- Mehrheit für Digitalisierung der Verwaltung

Die Ergebnisse:

Gesundheit ist wichtigstes Politikfeld für die Bundestagswahl

Das Politikfeld, das die meisten am wichtigsten für die Wahlentscheidung ansehen, ist das Thema Gesundheit (65 %). Eine besondere Rolle dürfte dabei die Corona-Krise einnehmen (s. nächste Seite). Neben dem Themenbereich Gesundheit sind auch die Themen Klima (59 %), Bildung (58 %), Renten (58 %), Innere Sicherheit (57 %) und Wirtschaft (52 %) für die Mehrheit wahlentscheidend.

Frage: Was glauben Sie: Welche Politikfelder werden für die Wahlentscheidung besonders wichtig sein? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft.



Je nach **Altersgruppe** unterscheiden sich die wichtigsten Themenbereiche. Hier eine Übersicht über die drei wichtigsten für jede Altersgruppe:

Altersgruppe	Wichtigste Themenbereiche für die Wahlentscheidung		
16 bis 29 Jahre	Klima (71 %)	Bildung (62 %)	Gesundheit (61 %)
30 bis 49 Jahre	Gesundheit (60 %)	Bildung (59 %)	Klima (57 %)
50 bis 64 Jahre	Renten (65 %)	Gesundheit (65 %)	Innere Sicherheit (62 %)
65 Jahre +	Innere Sicherheit (72 %)	Gesundheit (70 %)	Renten (63 %)

Wir haben auch danach gefragt, das Thema, das den Befragten persönlich ganz konkret in Hinblick auf die Bundestagswahl am wichtigsten ist, aufzuschreiben. Es zeigt sich: Corona ist eines der wichtigsten. Daneben sind Umwelt- und Klimaschutzbelange für sehr viele von großer Bedeutung. Die 20 Wörter, die am häufigsten genannt wurden, haben wir hier visualisiert:

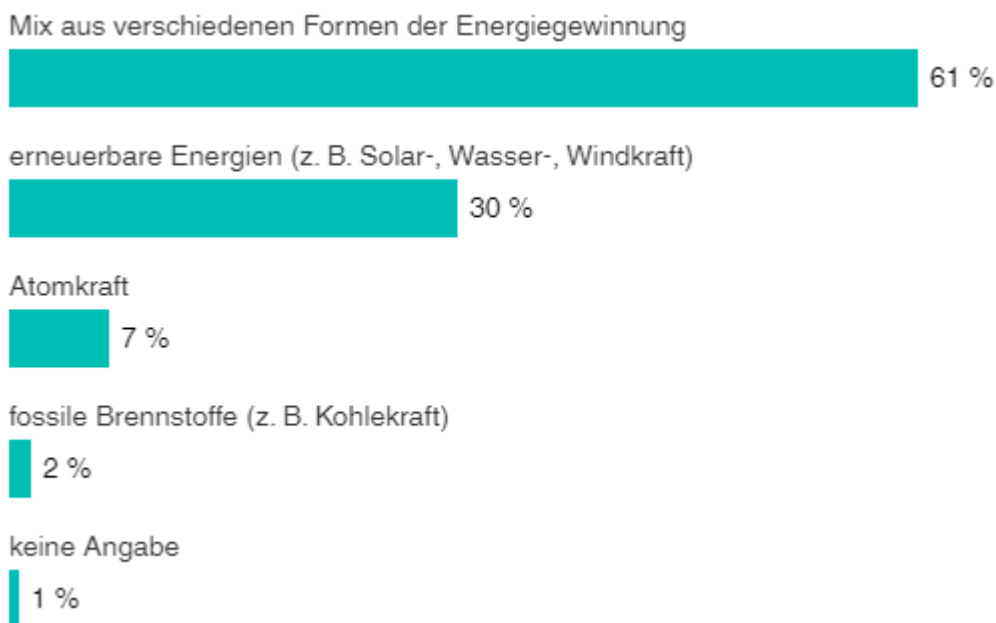


Themenbereich: Energie / Klima / Mobilität

Mehrheit für Energie-Mix in der Zukunft

Ein wichtiges Thema im Wahlkampf ist die Frage nach der Energieversorgung der Zukunft. Mehr als die Hälfte (61 %) sind der Ansicht, Deutschland sollte bei der Energieversorgung hauptsächlich auf einen Mix aus verschiedenen Formen der Energiegewinnung setzen. 30 Prozent würden die Priorisierung von erneuerbaren Energien wie Solar-, Wind- oder Wasserkraft bevorzugen. Atomkraft und fossile Brennstoffe allein finden dagegen kaum Zuspruch als Energieversorgung der Zukunft (7 bzw. 2 %).

Frage: Ein Thema, was die Diskussionen im Wahlkampf bestimmt, ist Umwelt und Klima. Über die Energieversorgung der Zukunft gibt es unterschiedliche Meinungen. Worauf sollte Deutschland bei der Energieversorgung hauptsächlich setzen?

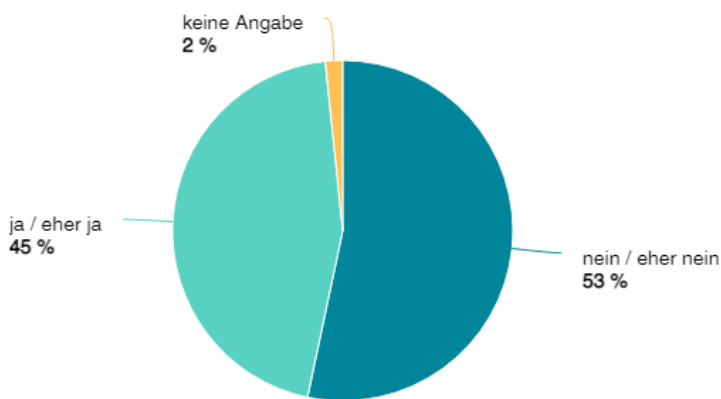


Bei der jüngsten **Altersgruppe** der 16-29-Jährigen sind die erneuerbaren Energien mit 56 % am deutlichsten bevorzugt. Hier setzen nur 37 % auf einen Mix aus verschiedenen Formen der Energiegewinnung.

Knappe Mehrheit findet Abschaltung der Atomkraftwerke Ende 2022 nicht richtig – Aufbau von modernen Atomkraftwerken jedoch auch nicht

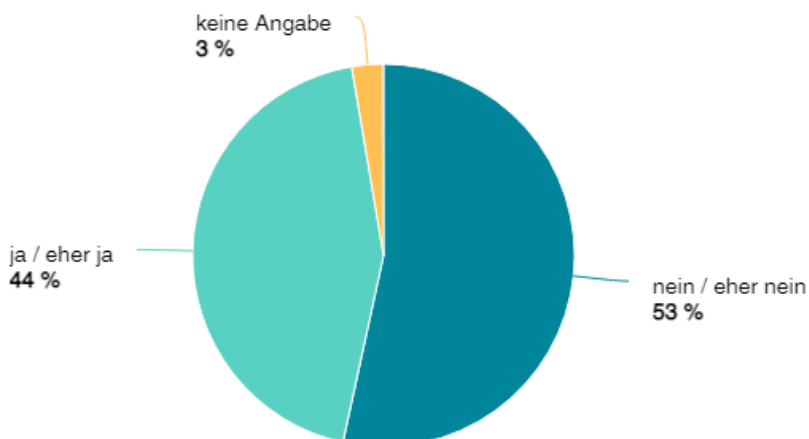
Ende 2022 sollen die letzten Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. 53 Prozent finden diese Entscheidung nicht richtig. 45 Prozent unterstützen sie jedoch.

Frage: Ende 2022 sollen die letzten Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Finden Sie diese Entscheidung richtig?

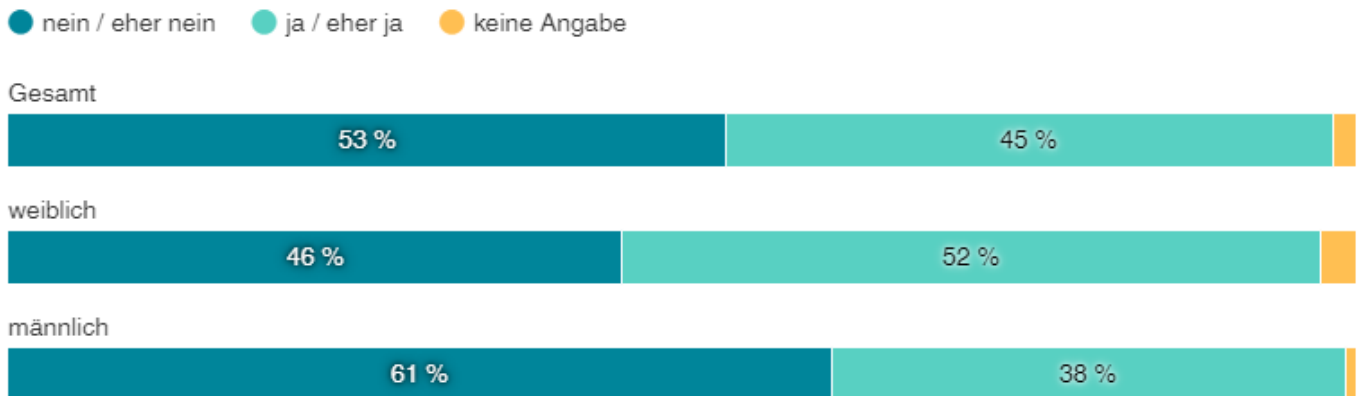


In der Politik gibt es auch Stimmen, die statt des Atomausstiegs die Neueinrichtung von modernen Kernkraftwerken auf dem neusten Stand der Forschung fordern. Auch hier spricht sich eine knappe Mehrheit (ebenfalls 53 %) dagegen aus. 44 Prozent befürworten es.

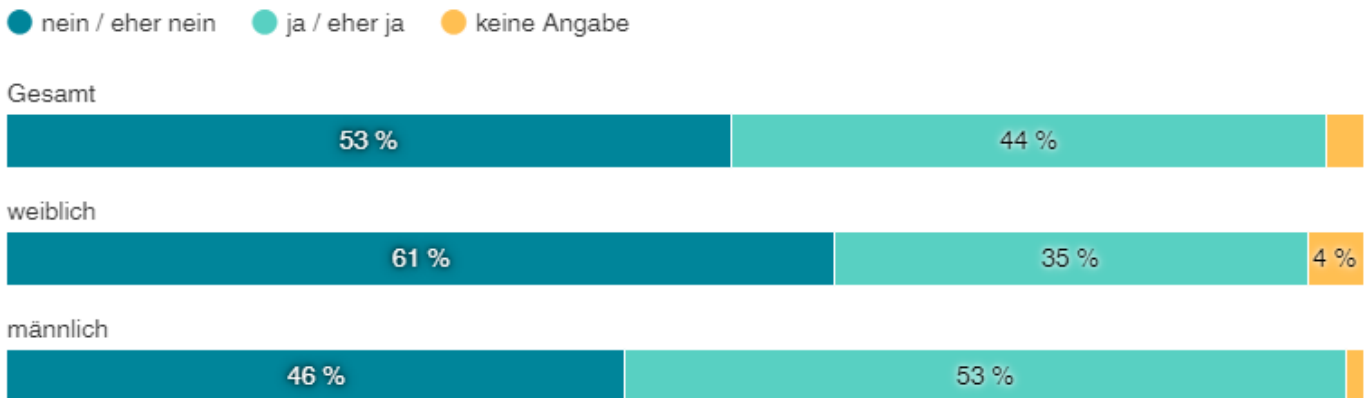
Frage: In der Politik gibt es Stimmen, die statt des Atomausstiegs die Neueinrichtung von modernen Kernkraftwerken fordern, die auf dem neusten Stand der Forschung sind. Sind Sie dafür, dass in Deutschland neue Atomkraftwerke gebaut werden?



Hier zeigen sich Unterschiede zwischen den **Männern und Frauen**, die an der Befragung teilgenommen haben: Während die Frauen mehrheitlich die Abschaltung aller Atomkraftwerke bis Ende 2022 eher befürworten, lehnen die Männer dies deutlich ab:



Den Neubau von modernen Atomkraftwerken lehnen dagegen die Frauen mehrheitlich ab, während die Männer es eher befürworten:



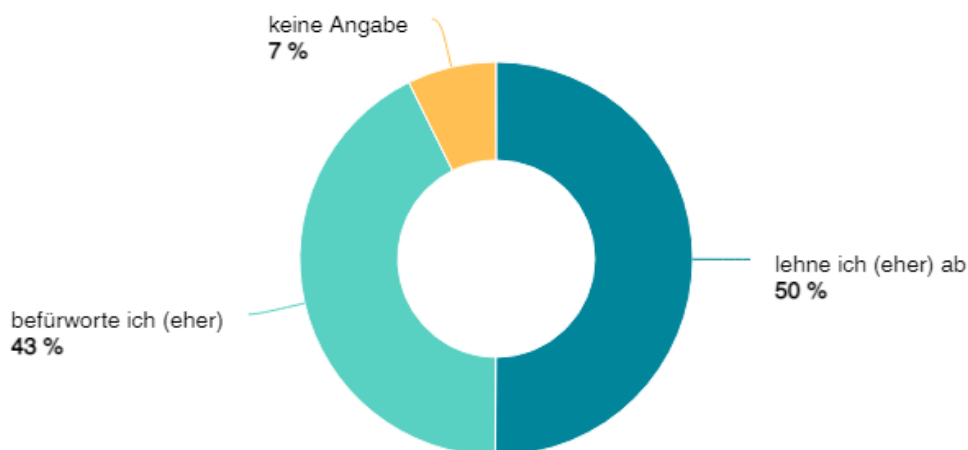
Bei den **Altersgruppen** zeigen sich ähnliche Tendenzen: Besonders die jüngste Altersgruppe spricht sich gegen Atomkraft aus.

Hälfte lehnt „Klimaprämie“ ab – deutliche Mehrheit glaubt nicht an sozialen Ausgleich dadurch

Anfang des Jahres wurde in Deutschland ein CO₂-Preis auf Kohle, Benzin, Diesel, Heizöl und Gas eingeführt, um den Treibhausgas-Ausstoß zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen. Dieser CO₂-Preis soll schrittweise in den kommenden Jahren steigen. Das wird auch deutliche Auswirkungen auf Benzin- oder Heizölpreise haben. Um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, wird darüber diskutiert, Menschen mit geringem Einkommen jährlich ein "Energiegeld" in Höhe von 75 Euro zu zahlen.

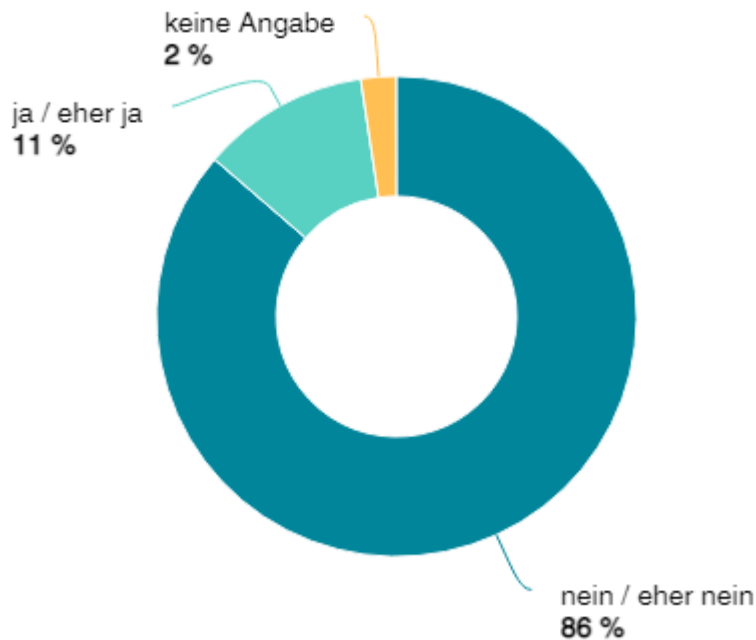
Die Hälfte der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, lehnen das jährliche Energiegeld in Höhe von 75 Euro pro Kopf für Geringverdiener ab. 43 Prozent befürworten es.

Frage: Anfang des Jahres wurde in Deutschland ein CO₂-Preis auf Kohle, Benzin, Diesel, Heizöl und Gas eingeführt, um den Treibhausgas-Ausstoß zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen. Dieser CO₂-Preis soll schrittweise in den kommenden Jahren steigen. Das wird auch deutliche Auswirkungen auf Benzin- oder Heizölpreise haben. Um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, wird darüber diskutiert, Menschen mit geringem Einkommen jährlich ein "Energiegeld" in Höhe von 75 Euro zu zahlen. Was halten Sie von einem jährlichen Energiegeld von 75 Euro pro Kopf für Geringverdiener?



Dass durch das Energiegeld die Mehrkosten der Klimapolitik sozial gerecht verteilt würden, glaubt die deutliche Mehrheit nicht. Lediglich 11 Prozent glauben, dass es helfen könnte.

Frage: Und glauben Sie, mithilfe des Energiegelds würden die Mehrkosten der Klimapolitik sozial gerecht verteilt werden?



8

Zu diesem Thema haben uns einige Kommentare der MDRfragt-Mitglieder erreicht. Hier eine Auswahl:

„Das Energiegeld lehne ich nicht grundsätzlich ab, ich finde es nur deutlich zu niedrig.“ (52-jähriger Teilnehmer aus Bautzen)

„Das Energiegeld sollte an alle gehen, einkommensunabhängig. Und die Ausnahmen für Unternehmen von der EEG-Umlage gehören abgeschafft.“ (36-jährige Teilnehmerin aus Wittenberg)

„Was soll dieses Energiegeld für Bedürftige? Der Staat hat 30-40 Jahre die Energiewende verschlafen und jetzt soll die Mehrkosten der kleine Mann bezahlen. Hätte der Staat mit der Energieumstellung beizeiten begonnen, hätten sich die Kosten über eine längere Zeit mit geringeren Kostenspannen verteilt.“ (67-jährige Teilnehmerin aus Halle)

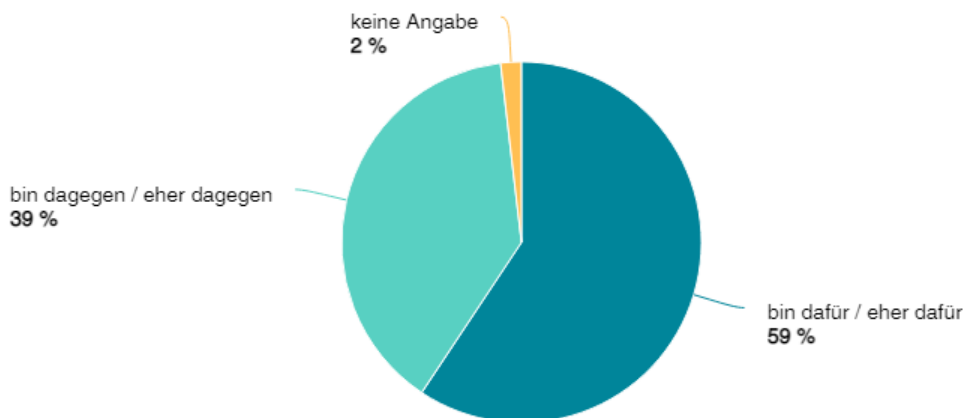
„Sollte es Energiegeld geben, würden wir uns nur im Kreis drehen und Menschen dazu verleitet, mehr CO2 auszustoßen. Die CO2-Steuer ist ja extra dazu da, um Menschen zu ermutigen sich günstige Alternativen, wie Öffis oder das Fahrrad, zu suchen.“ (23-jähriger Teilnehmer aus Chemnitz)

„Wer in einem älteren Gebäude wohnt, wo man nachträglich nicht viel z.B. an der Heizung ändern kann, wird so eine Umweltpolitik nicht mittragen, da nützt auch dieses Energiegeld nichts.“ (66-jähriger Teilnehmer aus dem Landkreis Zwickau)

Mehrheit für Tempolimit von 130

In den letzten Wochen wurde verstärkt über ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen diskutiert. Die Mehrheit (59 %) ist für ein Tempolimit von 130. Dagegen sind 39 Prozent.

Frage: Ein weiteres Thema in den letzten Wochen war das Tempolimit. Diskutiert wird, ob die Geschwindigkeit auf Autobahnen generell auf 130 km/h begrenzt werden sollte. Was halten Sie vom Tempolimit von 130 auf Autobahnen?



Auch zu diesem Thema haben uns viele Kommentare erreicht. Hier eine kleine Auswahl:

9

„Bei diesem Thema verhalten wir uns völlig irrational. Deutschland ist weltweit das einzige Land ohne generelles Tempolimit. Der Verkehr würde sofort sicherer und entspannter werden, PKW würden kostengünstiger und CO₂ würde ohne Anstrengung gespart, wenn auch nicht dramatisch viel.“ (60-jähriger Teilnehmer aus Dresden)

„Wo kann denn mehr als 130 gefahren werden. Die meisten Autobahnen haben sowieso Beschränkungen.“ (67-jähriger Teilnehmer aus Nordhausen)

„Tempolimit hat nicht nur etwas mit CO₂ Einsparung zu tun, sondern auch mit Sicherheit und einer kompletten Neuausrichtung der Autoproduktion. Automobile nicht mehr auf mehr PS oder höhere Endgeschwindigkeit zu produzieren sorgt auch für Ressourcenschonung.“ (54-jähriger Teilnehmer aus Leipzig)

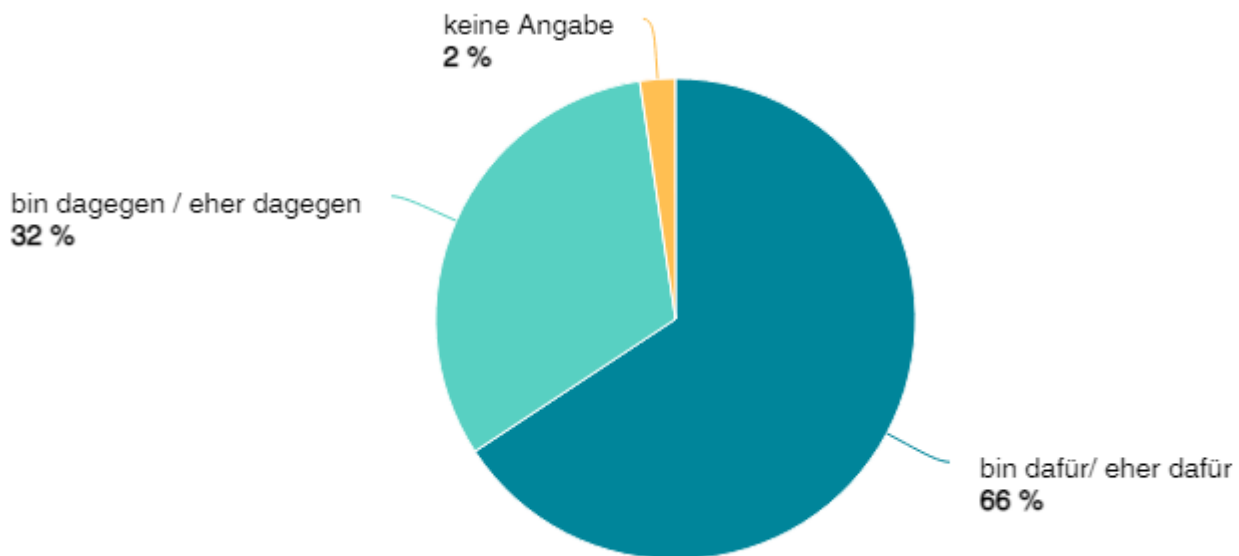
„Freie Fahrt für freie Bürger. Gerade Deutschland als "noch" Automobilbauland täte sich damit einen Bärendienst. Zudem zeigen europaweite Statistiken das ein Tempolimit nicht mehr Sicherheit im Verkehr bringt.“ (52-jähriger Teilnehmer aus Gera)

„Solange wir uns noch Kreuzfahrtschiffe leisten, können wir auch schnelle Autos fahren.“ (67-jährige Teilnehmerin aus dem Erzgebirge)

Kostenloser ÖPNV: Zwei Drittel dafür

Für kostenlosen, durch Steuergelder finanzierten ÖPNV sprechen sich zwei Drittel (66 %) aller MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, aus. Dagegen sind 32 Prozent.

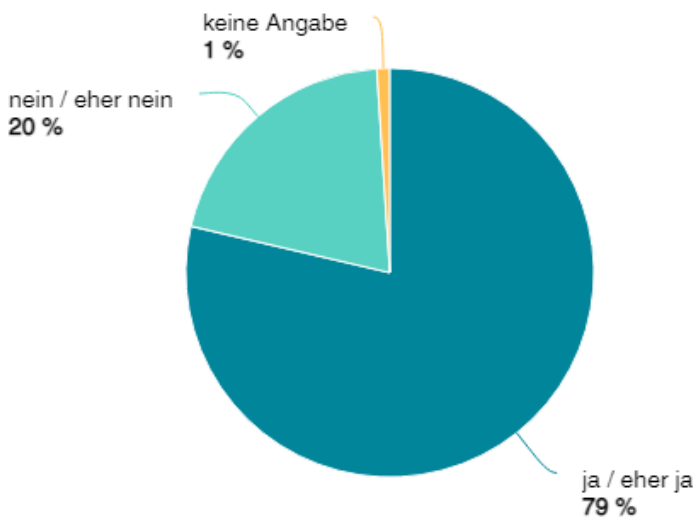
Frage: Diskutiert wird auch, den Öffentlichen Personennahverkehr in ganz Deutschland für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei anzubieten. Dieser würde dann durch Steuergelder finanziert. Was halten Sie von kostenlosem ÖPNV für alle?



Mehr als drei Viertel glauben, ÖPNV wird mehr genutzt, wenn er kostenfrei ist – aber nur etwas mehr als die Hälfte würde ihn auch selbst mehr nutzen

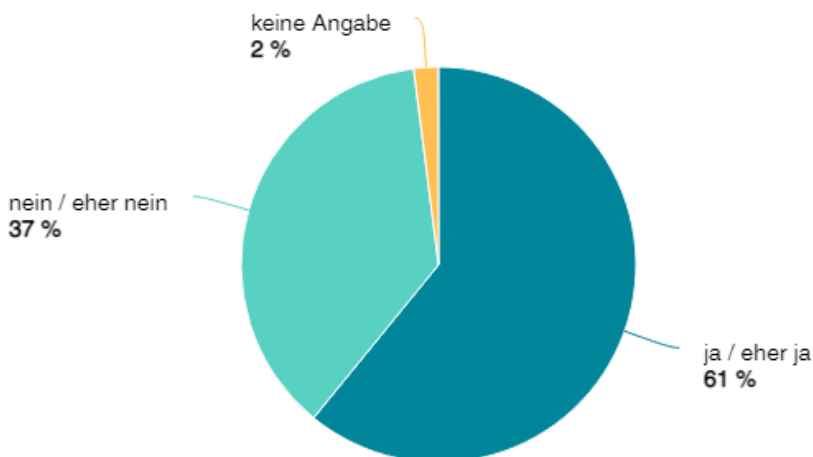
Mehr als drei Viertel (79 %) denken, dass mehr Menschen den ÖPNV nutzen würden, wenn er kostenfrei wäre. Ebenfalls die Mehrheit, aber deutlich weniger (61 %), würden nach jetzigem Stand dann auch selbst häufiger mit Bus und Bahn fahren.

Frage: Glauben Sie, dass mehr Menschen den ÖPNV nutzen würden, wenn er kostenfrei ist?



11

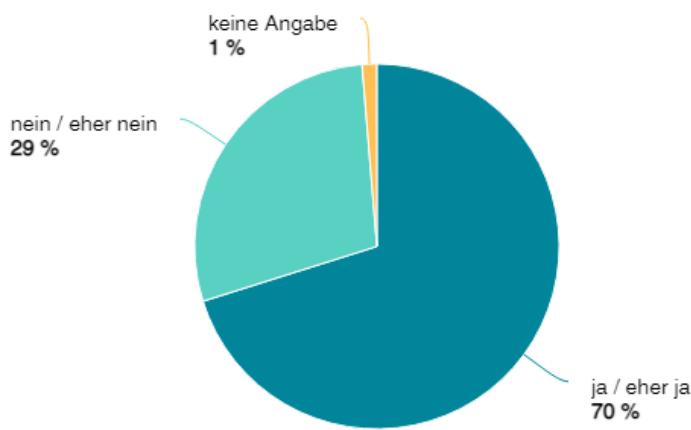
Frage: Wie ist es mit Ihnen persönlich: Würden Sie häufiger Bus und Bahn nutzen, wenn Sie für die Fahrkarten nichts bezahlen müssten?



Mehr als zwei Drittel glauben, kostenfreier ÖPNV würde Verkehr und Luftverschmutzung reduzieren

70 Prozent sind der Ansicht, dass kostenfreier ÖPNV helfen kann, Verkehr und Luftverschmutzung in den Städten zu reduzieren. 29 Prozent bezweifeln das jedoch.

Frage: Und glauben Sie, dass kostenfreier ÖPNV helfen kann, Verkehr und Luftverschmutzung in den Städten zu reduzieren?



Bei diesem Themenkomplex gibt es Unterschiede zwischen den MDRfragt-Mitgliedern, die in einer **ländlichen Region** leben, und denjenigen, die in der **Stadt** leben:

- Der Anteil der Befürworter ist bei den Stadtbewohnerinnen und –bewohnern etwas höher als bei der ländlichen Bevölkerung (69 zu 62 Prozent).
- Zwei Drittel (66 %) der Stadtbewohnerinnen und –bewohner würden nach eigenen Angaben häufiger Bus und Bahn nutzen, wenn die Fahrkarten kostenlos wären, jedoch nur 56 Prozent der ländlichen Bevölkerung – immerhin 10 Prozentpunkte weniger.

Ein Grund könnte sein, dass der ÖPNV auf dem Land schlechter ausgebaut ist als in der Stadt. Dazu haben uns einige Kommentare erreicht – hier zwei als Beispiel:

„Kostenloser ÖPNV ist nur sinnvoll, wo ÖPNV gut ausgebaut ist.“ (65-jährige Teilnehmerin aus der Börde)

„Mir nützt es nichts, wenn er kostenlos ist, da bei mir nur sehr schlechte Verbindungen vorliegen. Sollte es durch Steuergelder kostenlos zur Verfügung gestellt werden, sehe ich mich hier stark benachteiligt, da es auch von mir gezahlte Steuern sind.“ (48-jährige Teilnehmerin aus Görlitz)



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Weitere Kommentare beschäftigen sich mit der Finanzierung und dem Umweltgedanken von kostenlosem ÖPNV:

„Öffentlicher Nahverkehr muss merklich billiger werden, dass ich das Auto stehen lasse. Ich darf nicht auswählen müssen zwischen teurem Autofahren oder teurem Bahnfahren.“ (60-jährige Teilnehmerin aus Erfurt)

„Kostenloser Nahverkehr und mehr Transport auf Schienen sollten wichtige Komponenten künftiger Umweltpolitik sein.“ (56-jährige Teilnehmerin aus Dresden)

„Es wird nie eine kostenlose Beförderung von Personen geben. Diese Vorstellungen sind nicht rational. Die Regierung würde die versteckten Kosten unter einem anderen Namen wieder nur auf die Mittelschicht verlagern.“ (55-jähriger Teilnehmer aus dem Landkreis Mansfeld-Südharz)

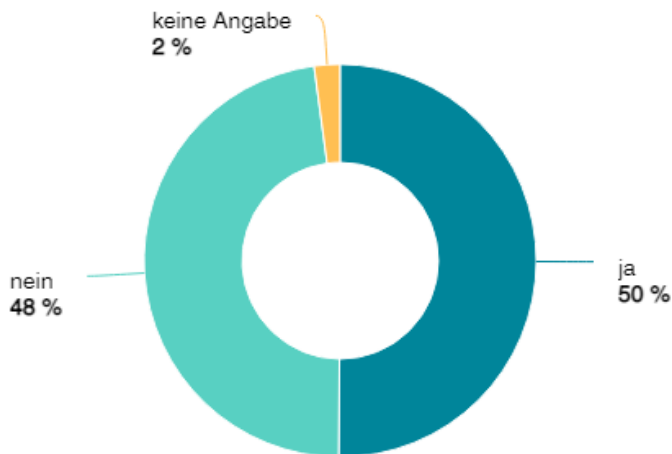
Themenbereich: Gesundheitssystem

Nachteile bei Kassenpatienten: Erfahrungen sind geteilt

89 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Befragung sind nach eigenen Angaben gesetzlich krankenversichert, 9 Prozent privat.

Wir haben die Kassenpatienten danach gefragt, ob sie sich aufgrund ihres Versicherungsstatus' schon einmal benachteiligt gefühlt haben. Die Anteile derer, die sich schon benachteiligt gefühlt haben und die, die dem nicht zustimmen, sind nahezu gleich (50 % und 48 %).

Frage: Haben Sie sich als Kassenpatient/in schon einmal benachteiligt gefühlt?



Hier einige Erfahrungsberichte von Kassenpatienten:

„Keinen Termin beim Facharzt bekommen. In der Notfallaufnahme einer Klinik stundenlang mit Verletzung und Schmerzen gewartet, während Privatpatienten mit kleinen Wehwechen sofort drankamen.“ (43-jährige Teilnehmerin aus Leipzig)

„Ich war als Student privat versichert und bekam alle Untersuchungen kostenlos und sofort Termine. Gleicher Arzt, 3 Monate später, ich gesetzlich versichert. Alles selber bezahlen, Spezial Untersuchung nicht mehr im Programm.“ (43-jährige Teilnehmerin aus Weimar)

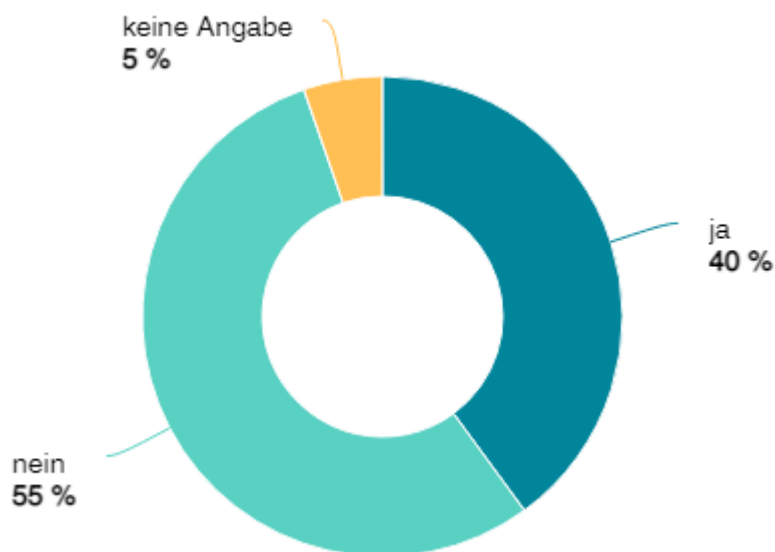
„Kann hier genau den Vergleich ziehen, weil mein Ehemann privat versichert ist. Bei einer ernsthaften Erkrankung wird er besser ersorgt, als ich und kommt auch beim Facharzt eher zu einem Termin. Die Unterscheidung in privat- und gesetzlich versichert halte ich grundsätzlich nicht für zeitgemäß!“ (63-jährige Teilnehmerin aus Greiz)

„Mein Mann war viele Jahre privat versichert, ich konnte keinen wesentlichen Unterschied feststellen. Nur das aus meiner Sicht viele kostenintensiven Behandlungen durchgeführt wurden, die nicht zwingend notwendig waren!“ (65-jährige Teilnehmerin aus Leipzig)

Bevorteilung bei Privatpatienten: Mehrheit kann das nicht bestätigen

Außerdem wollten wir von den Privatpatienten wissen, ob sie schon einmal das Gefühl hatten, Vorteile zu erhalten, beispielsweise bei der Terminvereinbarung oder bei medizinischen Leistungen. Der Anteil der Privatpatienten, die nach eigenen Angaben bislang keine Bevorteilung erlebt haben, überwiegt (55 %). 40 Prozent geben an, dass sie bereits vom Privatpatienten-Status profitiert haben.

Frage: Hatten oder haben Sie das Gefühl, dass Sie als Privatpatient/in Vorteile haben, zum Beispiel bei der Terminvereinbarung in einer Arztpraxis oder bei den medizinischen Leistungen?



Auch hier haben uns einige Erfahrungsberichte erreicht:

„Ich warte beim Hausarzt ebenso lange wie jeder andere Patient. Lediglich beim Facharzttermin geht es etwas schneller.“ (69-jähriger Teilnehmer aus dem Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)

„Sobald man als Privatpatient erkannt wird, beginnt der Versuch, einem alle möglichen fragwürdigen Leistungen aufzuschwatzen. Bei einem Krankenhausaufenthalt wurde meine ebenfalls privatversicherte Frau überredet, das Wochenende über im Krankenhaus zu bleiben, obwohl keinerlei Betreuung erfolgte.“ (70-jähriger Teilnehmer aus Halle)

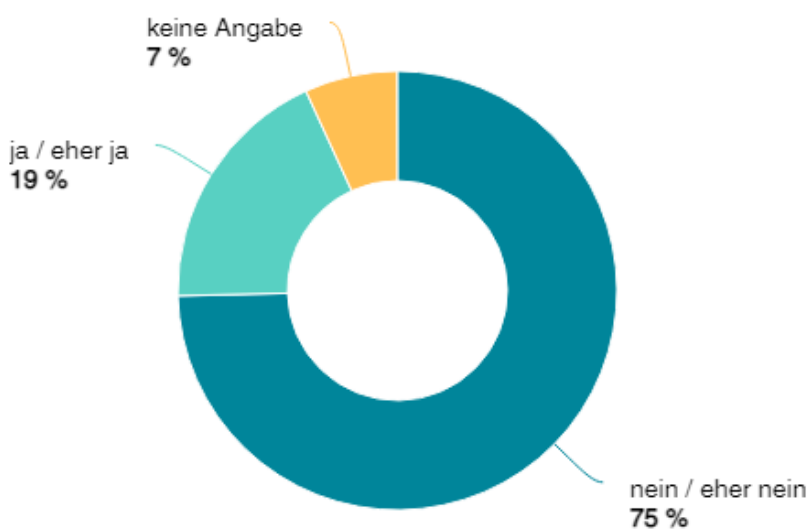
„Diese Vorteile werden durch höhere Beitragszahlungen erkaufte. Zudem helfen die privat Versicherten mit den höheren Rechnungen für erbrachte Leistungen unser Gesundheitssystem für alle weiterhin zu garantieren. Alternativ müssten die Beiträge für gesetzlich Versicherte erhöht oder Leistungen eingeschränkt werden.“ (58-jähriger Teilnehmer aus Dresden)

„Ich bin oft mit negativen Blicken konfrontiert, indirekt bekomme ich zu verstehen "Du bist auch nichts Besseres". Bei den Ärzten selber habe ich keine Unterschiede festmachen können.“ (39-jährige Teilnehmerin aus Halle)

Drei Viertel finden duales Krankenversicherungs-System ungerecht

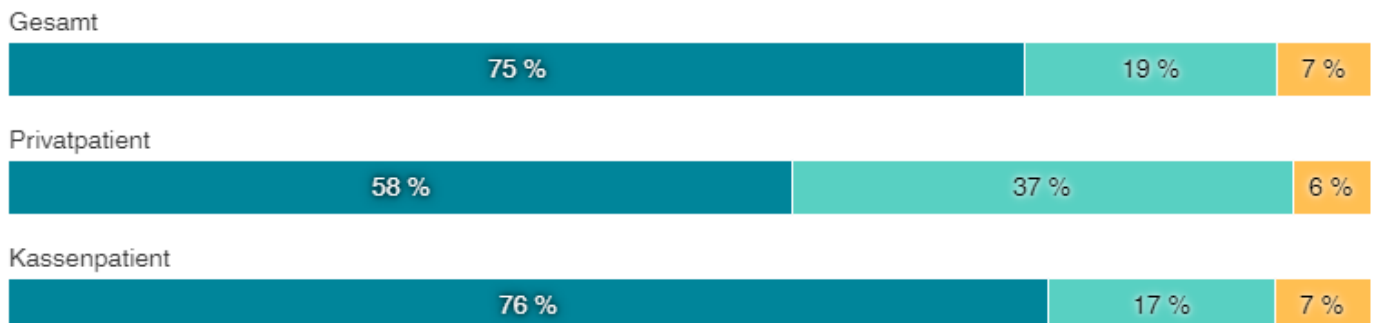
75 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, finden das derzeitige duale Krankenversicherungs-System, bestehend aus privater und gesetzlicher Versicherung, ungerecht. Lediglich 19 Prozent finden es gerecht.

Frage: Finden Sie das derzeitige duale Krankenversicherungs-System, bestehend aus privater und gesetzlicher Versicherung, gerecht?



Der Anteil derjenigen, die das System ungerecht finden, ist bei den **Kassenpatienten** deutlich höher als bei den Privatpatienten:

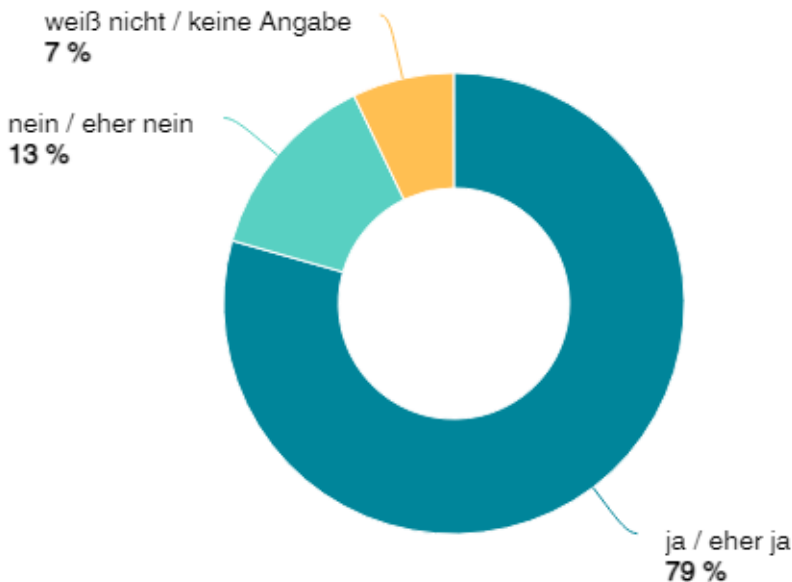
● nein / eher nein ● ja / eher ja ● keine Angabe



Große Mehrheit für Bürgerversicherung

Als Alternative zum derzeitigen dualen Krankenversicherungs-System wird die Einführung einer „Bürgerversicherung“ diskutiert, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und die gleichen Leistungen erhalten würden. Die große Mehrheit (79 %) würde das befürworten. Dagegen sind 13 Prozent.

Frage: In Deutschland existieren die gesetzliche und die private Krankenversicherung nebeneinander. In einigen Parteien gibt es Forderungen danach, das System durch eine "Bürgerversicherung" abzulösen. In die müssten alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und würden die gleichen Leistungen erhalten. Sind Sie für die Einführung einer solchen Bürgerversicherung anstelle des bisherigen Krankenversicherungssystems?



17

Auch hier gibt es Unterschiede zwischen den Versicherten: Der Anteil der Befürworter einer Bürgerversicherung ist bei den **Kassenpatienten** deutlich höher als bei den Privatpatienten.

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● weiß nicht / keine Angabe

Gesamt



Privatpatient



Kassenpatient





Das **Meinungsbarometer** für Mitteldeutschland

Einige MDRfragt-Mitglieder haben uns ihre Meinung dazu in Kommentaren näher erläutert:

„Es wäre gut, wenn ALLE Bürger in EINE Versicherung einzahlen. Inklusive Beamte und Politiker, Rechtsanwälte und Ärzte usw.“ (47-jähriger Teilnehmer aus Chemnitz)

„Eine Krankenversicherung für alle fände ich sehr gut. Wer über diese Versorgung hinaus seine Leistungen aufstocken möchte, könnte dies über eine private Zusatzversicherung machen.“ (49-jährige Teilnehmerin aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

„Eine Bürgerversicherung würde ein staatliches Monopol einer Krankenkasse bedeuten. Die Kosten könnten beliebig angesetzt werden und es gäbe keine Alternative. Außerdem würden Ärzte für den Staat arbeiten womit auch medizinischer Fortschritt eingeschränkt werden würde.“ (18-jährige Teilnehmerin aus Jena)

„Für die Solidarität ja. Aber Privatpatienten bezahlen das 2,3 fache für die gleiche Leistung. Erst darüber kann ein Spezialist seine moderne Technik finanzieren, nicht mit den Geldern der GKV. Das kommt dann wieder allen zugute.“ (23-jähriger Teilnehmer aus Dresden)

Fast jeder für Pharmaproduktion in Deutschland oder Europa

Als eine Lehre der Corona-Pandemie fordern einige Politiker, dass Deutschland und Europa wieder die „Apotheke der Welt“ werden sollten. Fast alle, die sich an der Befragung beteiligt haben, befürworten, dass wieder mehr Arzneimittel und Medizinprodukte in Deutschland oder Europa hergestellt werden (96 %). Die Mehrheit davon (52 %) würde die Herstellung in Deutschland bevorzugen, etwas weniger (44 %) die Produktionsverlagerung in die EU.

Frage: Als eine Lehre der Corona-Pandemie fordern einige Politiker, dass Deutschland und Europa wieder die "Apotheke der Welt" werden sollten. Sollten wieder mehr Arzneimittel und Medizinprodukte in Deutschland bzw. in Europa hergestellt werden?

Ja (Deutschland oder EU-Staaten)



Ja, vor allem in Deutschland



Ja, in allen EU-Staaten



Nein



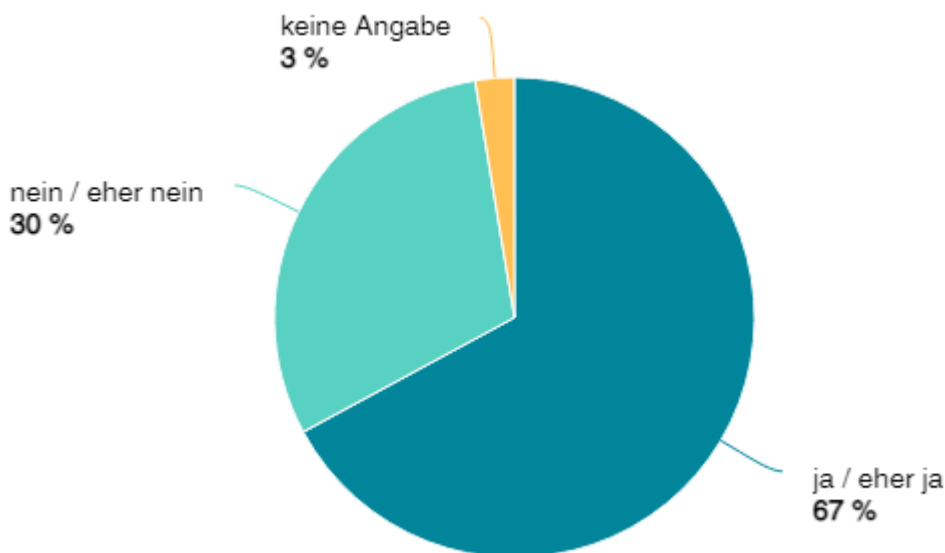
Keine Angabe



Zwei Drittel würden mehr Geld ausgeben für Arzneimittel von hier

Die Produktion hierher zu verlagern könnte auch bedeuten, dass Mehrkosten entstehen und beispielsweise Zuzahlungen für Arzneimittel oder Krankenkassenbeiträge erhöht werden müssten. Mehr als zwei Drittel (67 %) sind bereit, mehr zu zahlen für Arzneimittel oder Medizinprodukte aus Deutschland oder Europa. Für 30 % kommt das jedoch nicht in Frage.

Frage: Wenn die Produktion zurück nach Deutschland bzw. in die EU verlagert würde, könnte das Mehrkosten bedeuten. Das könnte Auswirkungen auf die Zuzahlung für Arzneimittel oder die Krankenkassenbeiträge haben. Wären Sie bereit, mehr Geld für Arzneimittel und Medizinprodukte zu bezahlen, wenn diese überwiegend in Deutschland bzw. der EU produziert würden?

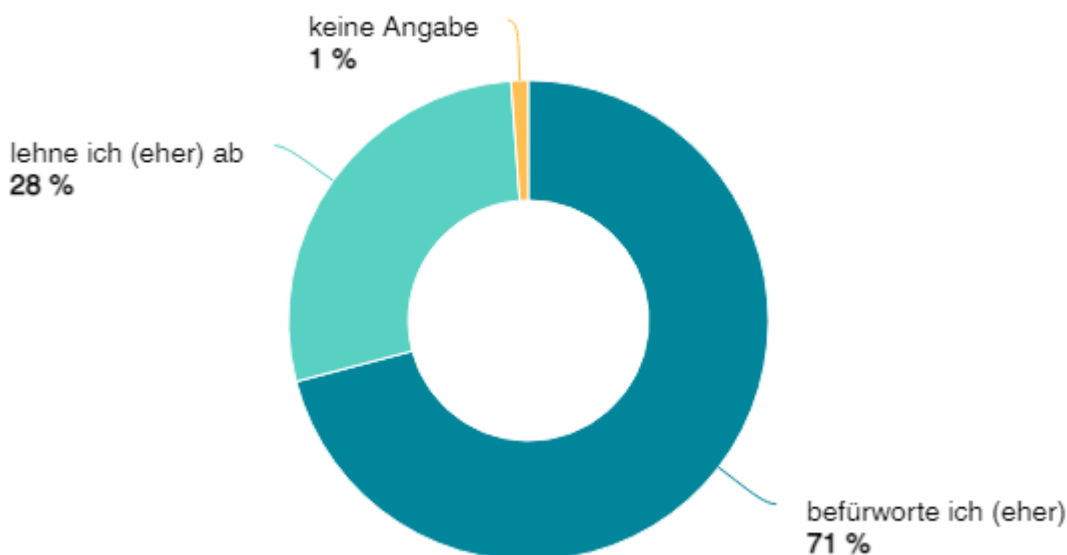


Themenbereich: Digitalisierung

Mehrheit für Digitalisierung der Verwaltung

Die Umstellung der Verwaltung, sodass alle Amtsgänge digital möglich sind, befürwortet die Mehrheit der Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer (71 %). 28 Prozent lehnen diese Forderung ab.

Frage: Nächstes Thema, das im Wahlkampf aufkam: Die Digitalisierung. Es gibt beispielsweise Forderungen danach, die Verwaltung so umzustellen, dass alle Amtsgänge digital möglich sind. Ein Besuch auf dem Bürgeramt beispielsweise wäre dann nicht mehr nötig, weil alle Angelegenheiten per Handy oder Computer erledigt werden könnten. Was halten Sie davon?



Dazu einige Stimmen aus der MDRfragt-Gemeinschaft:

„Ja, ja, ja, bitte fangt endlich damit an, den viel zu teuren Verwaltungsapparat mit den zig Beamten zu reduzieren und zu digitalisieren. Deutschland ist Entwicklungsland, was das angeht! Es nervt, dass man sich überall vorstellen muss und zig Zettel bekommt.“ (39-jähriger Teilnehmer aus Leipzig)

„Es gibt hier sicher auch Angelegenheiten, die nur persönlich geklärt werden können. Außerdem ist es vor allem eine Frage der Datensicherheit, wie weit das umsetzbar ist.“ (60-jähriger Teilnehmer aus Nordsachsen)

„Man sollte immer noch an die Generation denken, die der Technik nicht mächtig sind. Eine schrittweise Einführung ist daher sinnvoll“ (57-jährige Teilnehmerin aus dem Unstrut-Hainich-Kreis)

„Die Beamten vor Ort können einem noch Tipps geben, das macht ein Handy nicht“ (37-jährige Teilnehmerin aus Leipzig)

Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 28.07.-04.08.2021 stand unter der Überschrift:

Wahlen für Deutschland: Worauf kommt es wirklich an?

Insgesamt sind bei MDRfragt 46.943 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 04.08.2021, 15 Uhr).

23.916 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	466 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	4.096 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.913 Teilnehmende
65+:	9.441 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	12.344 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.845 (25 Prozent)
Thüringen:	5.727 (23 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Männlich:	56 Prozent
Weiblich:	44 Prozent

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.